

01.04.2014

## Antrag

der Fraktion der PIRATEN

### **Cannabis legalisieren – Drogenpolitik neu ausrichten**

Im Jahr 2012 wurden laut dem landesweiten Monitoring der ambulanten Sucht- und Drogenhilfe in Nordrhein-Westfalen 9.921 Betreuungen von Klienten mit der Hauptdiagnose Cannabis dokumentiert. Für diese Patienten der ambulanten Sucht- und Drogenhilfe stellt die psychische Cannabisabhängigkeit ein großes Problem dar. Im Verhältnis zu den bundesweit geschätzten bis zu 2,5 Millionen regelmäßigen Cannabiskonsumenten, davon geschätzt 550.000 in NRW, ist das Problem der psychischen Abhängigkeit bei Betrachtung dieser Zahlen allerdings nicht die Regel, sondern die Ausnahme.

Wir müssen uns eingestehen: Die Ursachen für Drogenabhängigkeit sind so vielfältig wie die potentiell Gefährdeten selbst. Eine Drogenpolitik, die sich rein auf Verbote und Strafverfolgung konzentriert, ist nicht zeitgemäß.

Dennoch wird bei mit Drogen in Verbindung stehenden Straftaten immer härter durchgegriffen – und das offenbar ohne Erfolg. Die polizeiliche Kriminalstatistik weist eine Steigerung von Cannabisdelikten seit dem Jahr 2010 aus. Darüber hinaus ist der Anteil der Straftaten, die mit Cannabisprodukten in Zusammenhang stehen, von den über 57.000 Rauschgiftdelikten in NRW im Jahr 2013 am größten. Betroffen sind vor allem junge Menschen: Die Anzahl der Tatverdächtigen unter 21 Jahren ist mit insgesamt 13.500 weiterhin sehr hoch und zuletzt nochmal gestiegen. Das Durchschnittsalter von betreuten Patienten im ambulanten Suchthilfesektor, deren Hauptproblem Cannabiskonsum ist, liegt bei 25,1 Jahren.

Diese jungen Menschen werden mit Verurteilungen und Straftaten gebrandmarkt, sodass sich ihre berufliche und soziale Entwicklung dadurch erheblich erschwert. Die aktuell praktizierte Verbots- bzw. Strafpolitik erscheint vor diesem Hintergrund nicht sinnvoll. Vielmehr ist es notwendig, differenzierte Lösungsansätze zu erarbeiten, die insbesondere durch das Präventionsprinzip geleitet sind und Entlastung für Konsumenten, Polizei und Justiz darstellen.

International ist das schon seit einiger Zeit bekannt. Weltweit ist ein Trend hin zur Cannabislegalisierung erkennbar. Zuletzt hat im Dezember 2013 Uruguay ein Gesetz zur Legalisierung von Cannabis verabschiedet. In Portugal ist der Cannabisbesitz und -konsum bereits

Datum des Originals: 01.04.2014/Ausgegeben: 01.04.2014

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)

seit 2001 keine Straftat mehr. Auch in den Vereinigten Staaten von Amerika ist eine neue gesellschaftliche Debatte über die Legalisierung und den Umgang mit Cannabis entbrannt, nachdem die Bundesstaaten Colorado, New York und Washington die Legalisierung forcierten.

Die Entkriminalisierung von Cannabis kann auf mehreren Ebenen für deutliche Entlastungseffekte sorgen.

Als Folge einer Cannabislegalisierung ist das Entfallen eines größten Teils der Rauschgiftkriminalität zu erwarten. Hier würde eine deutliche Entlastung der Strafverfolgungsbehörden sowie der Justiz spürbar werden. Der Deutsche Hanfverband spricht von 100.000 Strafverfahren pro Jahr. Auch eine Abnahme im Zusammenhang mit der sog. Beschaffungskriminalität ist zu vermuten.

Ein positiver finanzieller Nebeneffekt der Legalisierung ist - neben dieser Entlastung im Justizsektor - ein Steuergewinn aus legalem Handel mit Cannabisprodukten. Das Steuerpotenzial in einem Monat beziffert der US-Staat Colorado, mit seinen 5 Millionen Einwohnern, auf rund 3,5 Millionen Euro.

Aus gesundheitspolitischer Sicht ist Cannabis in der Arzneimittelforschung sowie im medikamentösen Therapiebereich relevant. So ist die Wirksamkeit von Cannabis bei einigen Krankheiten bereits dokumentiert und nachgewiesen, bei vielen anderen legt eine Vielzahl an Studien im Bereich der Schmerztherapie, bei Autoimmunerkrankungen, Spastiken, Arthrose, mangelndem Appetit, Schlafstörungen, Demenz und Depression den Verdacht nahe.

Die Legalisierung würde hier patientenorientierte Lösungen ermöglichen sowie die Forschung in diesem Feld und die Verschreibung und Anwendung in bekannten Feldern, deutlich vereinfachen. Zumal notwendige Ausnahmegenehmigungen durch das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte nur selten erteilt werden, obwohl die Anträge auf medizinische Verwendung von Cannabis stark angestiegen sind. Gleichzeitig sind die monatlichen Therapiekosten bei vorhandener Ausnahmegenehmigung für Cannabispatienten sehr hoch und liegen bei bis zu 1500 Euro im Monat. Diese werden von den Krankenkassen nicht übernommen.

### **Der Landtag stellt fest:**

1. Kriminalisierung und Strafverfolgung von Cannabiskonsumenten führt zu keiner Abnahme von Cannabiskonsum respektive Cannabisdelikten.
2. Die konsequente Umsetzung der Verbots- und Strafverfolgungspolitik im Bereich Cannabis führt zu erheblichen Kosten bei der Landes- und Bundespolizei sowie der Justiz.
3. Die Legalisierung von Cannabis ist aus justiz- und gesundheitspolitischer Sicht sinnvoll und trägt der weltweiten gesellschaftlichen Entwicklung Rechnung.

**Der Landtag fordert die Landesregierung auf:**

1. ein präventionsorientiertes drogen- und suchtpolitisches Gesamtkonzept vorzulegen, das die Legalisierung von Cannabis beinhaltet und optimale Therapiemöglichkeiten für Betroffene aufzeigt.
2. im Rahmen einer Sofortmaßnahme die Richtlinie zur Anwendung des §31a Absatz 1 des BtmG dahingehend zu ändern, dass die „Geringe Menge“ zum Eigengebrauch von Cannabisprodukten von zehn Gramm auf 30 Gramm angehoben wird.
3. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die „Geringe Menge“ zum Eigengebrauch von Cannabisprodukten bundeseinheitlich auf einen Richtwert von 30 Gramm angehoben wird.
4. sich im Rahmen einer Bundesratsinitiative für eine Änderung des Betäubungsmittelgesetzes einzusetzen, die eine generelle Entkriminalisierung von Cannabisprodukten zur Folge hat.

Dr. Joachim Paul  
Oliver Bayer  
Lukas Lamla

und Fraktion